

Ressort: Finanzen

DIHK mahnt wirtschaftsfreundliche Politik an

Berlin, 03.11.2014, 18:55 Uhr

GDN - Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat einen Politikwechsel hin zu einer wirtschaftsfreundlichen Politik angemahnt. "Die Regierung sollte einen sofortigen Stopp für weitere Belastungen setzen", verlangte DIHK-Präsident Eric Schweitzer im "Handelsblatt" (Dienstausgabe).

Die Einführung einer Frauenquote und weitere Regulierungen aus dem Koalitionsvertrag sollten angesichts der Konjunkturabkühlung unterbleiben. "Mindestens vier Milliarden Euro mehr pro Jahr" müssten in die Modernisierung und den Ausbau der Verkehrswege fließen, forderte Schweitzer. Dies sei ohne ein Aufgeben der Schwarzen Null im Bundeshaushalt möglich, weil die Steuereinnahmen weiter ansteigen würden. In der Steuerpolitik wäre es "ein guter Anfang", die degressive Abschreibung für Sachinvestitionen der Betriebe wieder einzuführen, so Schweitzer weiter.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-43941/dihk-mahnt-wirtschaftsfreundliche-politik-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619